Preis 10 Pfennig.

Abend-Ausgabe

Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zusendung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fernsprecher: Amt Norden Nr. 110 07, 110 08 und 110 49
Inserate kosten die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Sonnabend, den 16. November 1918 — Nummer 4

Kein Reichstag mehr!

Verfügung der Reichsregierung.

Amtlich wird mitgeteilt:

Reichstagspräsident Fehrenbach telegraphierte an das Kabinett:

Gedenkt die Reichsleitung, gegen vielfach angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?

Das Kabinett erwiderte:

Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaisertums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten.

Ebert. Haase.

Die Beseitigung des Reichstags ist eine Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit. Das im Jahre 1912 gewählte Parlament hat keinerlei Befugnis mehr, als Vertretung des Volkswillens aufzutreten. Daß die bürgerlichen Parteien sich dieser Versammlung gegen die Revolution bedienen möchten, liegt nahe, und verpflichtet um so mehr zu der Maßregel, die die Regierung ergriffen hat. Die große Masse des werktätigen Volkes wird dem „hohen Hause", das durch aktive Teilnahme wie durch Geschehenlassen einen großen Teil der Schuld an den Vorgängen der letzten 4½ Jahre trägt, keine Träne nachweinen. Die Reichsregierung ist übrigens, wie wir erfahren, mit den Vorbereitungen zu einer möglichst schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt. — Unseren Standpunkt zur schnellen Einberufung haben wir gestern dargelegt.

Tirpitz in der Schweiz.

Frankfurt a. M., 16. November. (T. U.)

Die „Frankf. Zeitung" schreibt: Der Großadmiral v. Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen.

Einer der schlimmsten Kriegshetzer hat sich damit der Verantwortung entzogen. Tirpitz hat als Admiral die gegen England gerichtete Flottenpolitik mit allen Mitteln gefördert und im Reichstag amtlich vertreten. Er war nach seinem Rücktritt einer der einflußreichsten und skrupellosesten Kriegshetzer, auf dessen Konto nicht zuletzt der unbeschränkte U-Bootkrieg zu setzen ist.

Jetzt hat der „tapfere Seeheld" der Tapferkeit besseren Teil erwählt und den Boden des revolutionären Deutschland verlassen.

Der Rückzug der deutschen Truppen aus Belgien.

Haag, 16. November. (T. U.)

Bei Maastricht kamen vorgestern einige tausend Mann deutsche Soldaten mit roten Fahnen an. Auf gütlichen Zuspruch des deutschen Militärattachés im Haag, Major v. Schwinitz, der sich sofort zu den Truppen begab, legten sie willig bei ihrem Eintritt in Holland die Fahne der Internationale ab, um allen Schwierigkeiten mit der holländischen Regierung vorzubeugen und den nachfolgenden Kameraden den Weg durch Holland offen zu lassen. Auch die Entwaffnung an der Grenze ging ohne Störung vonstatten. Gestern wurden weitere 11 000 Mann erwartet.

Ruhe und Ordnung in Posen.

Wie uns aus Posen mitgeteilt wird, sind die Gerüchte über das Auftreten von polnischen Legionären in der Stadt und Provinz Posen unwahr. In Posen herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Stadt ist in den Händen des A.- u. S.-Rates, der paritätisch aus Sozialdemokraten und polnischen Demokraten zusammengesetzt ist. Die sozialdemokratischen Vertreter im Arbeiterrat legen Wert darauf, zu erklären, daß sie das Recht des polnischen Volkes auf Errichtung eines Nationalstaates des ganzen polnischen Volkes anerkennen.

Die U-Bootbesatzungen zur Ueberführung bereit.

In einer Versammlung der U-Boot-Besatzung zu Wilhelmshaven wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: Die gesamten Mannschaften der U-Boot-Flottillen sind sich der ernsten Lage des Vaterlandes bewußt. Nachdem sie heldenmütig 50 Monate in Not und Entbehrung für ihr Vaterland gekämpft haben, werden sie auch den letzten und schwersten Dienst dem Vaterlande nicht versagen. Sie werden sämtliche U-Boote dorthin bringen, wohin sie Befehl erhalten. Wir setzen volles Vertrauen in unseren Soldatenrat und werden seinen Anordnungen voll und ganz Folge leisten.

Ferner liegen in Wilhelmshaven zahlreiche freiwillige Meldungen zur Besetzung der Kieler Boote vor, so daß im Falle der Not ein Teil der Kieler Boote von dort besetzt werden kann.

Otto Bauer an Wilson.

Wien, 15. November. Ein von Dr. Bauer gezeichnetes Schreiben des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Aeußeres verständigt Wilson von der Proklamierung der deutsch-österreichischen Republik. Darin wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Wilson die Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich auf Wiederherstellung einer engen staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland unterstützen wird. Der Präsident ersucht, baldmöglichste Gelegenheit zu Verhandlungen über einen Präliminarfrieden zu bieten. Die Regierung sei bisher mit vollem Erfolg bemüht, Ordnung und Freiheit in Deutsch-Oesterreich aufrechtzuerhalten, die Bemühungen würden jedoch wesentlich erschwert durch den großen Lebensmittelmangel. Die Aufrechterhaltung der Blockade bedrohe, da auch die neu erstandenen slawischen Nationalstaaten sich gegen Deutsch-Oesterreich absperren, die deutsch-österreichische Republik mit einer Hungerskatastrophe. Mit großer Genugtuung werde daher die Mitteilung des Präsidenten zur Kenntnis genommen, daß er Deutsch-Oesterreich durch Sendung von Lebensmitteln helfen wolle. Das Schreiben bittet den Präsidenten, diese Hilfe möglichst zu beschleunigen.

Neue Verordnungen.

Überwachung der Auslands-Telegramme.

Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft:

§ 1.

Die Post- und Telegrammüberwachung im Verkehr mit dem Ausland wird bis auf weiteres aufrechterhalten, soweit sie im Steuerinteresse oder aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist. Auf militärische oder politische Angelegenheiten darf die Ueberwachung nicht erstreckt werden.

§ 2.

Die bisherigen Ueberwachungs- und Prüfungsstellen bleiben zu dem im § 1 Satz 1 bezeichneten Zwecke bestehen und werden dem Reichsschatzamt unterstellt.

Sicherung der Kriegssteuern.

Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft:

Die Vorschriften in § 2 flg. des Gesetzes über Sicherung der Kriegssteuer vom 9. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 351) werden auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Gesellschaften in die Kriegssteuerrücklage 80 vom 100 des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen haben.

Bewaffnung der Bauern in Holland.

T. U. Haag, 15. November. Um gegen revolutionäre Aufstände vorbereitet zu sein, bereiten sich jetzt im Lande Organisationen vor. Sie sollen vor allem die Gemeindeverwaltung schützen. Im Süden des Landes hat bereits die Bewaffnung der Bauern mit Gewehren und Karabinern begonnen.

Die Beförderungslinien für den Rücktransport des Westheeres.

Die Bahnlinien sämtlicher Staaten sind im Zeitalter des Militarismus — von den rein wirtschaftlichen Zwecken abgesehen — in erster Linie für den strategischen Transport von Truppen und Heeresbedarf eingerichtet und entsprechend weiter ausgebaut worden. In Deutschland verlaufen die Hauptteisenbahnlinien in ostwestlicher Richtung, im Westen sowie sie den Rhein erreichen, mit Abbiegungen und Umbiegungen von Norden nach Süden.

Links des Rheines werden die wichtigsten Eisenbahnlinien in den Knotenpunkten erster Ordnung Aachen und Saarbrücken zusammengefaßt. Nach dem Landesinnern zu folgt eine zweite Reihe bedeutungsvoller Punkte in den Uebergangsstellen über das Strombindernis des Rheins: Wesel — Duisburg — Düsseldorf — Köln — Koblenz — Mainz—Ludwigshafen-Mannheim—Straßburg. Rechts des Rheins verknoten sich die Eisenbahnlinien wieder in Münster, Hamm, Gießen, Frankfurt a. M.—Karlsruhe. Daran schließen sich zwei Reihen von Eisenbahn-Verteilungspunkten: in der ersten Hamburg, Hannover, Kassel, Würzburg, Stuttgart in der zweiten Reihe Stettin, Berlin, Magdeburg, Halle-Leipzig, Nürnberg, Ulm.

Diese Städte sind die schwierigsten Punkte für den Rücktransport des Westheeres. Um so schwieriger, als es sich um Truppen und Troß handelt, wie die Weltgeschichte sie nach Zahl und Menge nie gesehen, und als der Rücktransport in einer so unglaublich kurz bemessenen Zeit und unter so harten sonstigen Bedingungen zu erfolgen hat, daß selbst die kühlsten und besonnensten Fachleute an der Möglichkeit der Durchführung verzweifeln. Der gesamte Apparat des Bürgertums, der gesamte Apparat des Militarismus denen Menschen und Material und alle Hilfsmittel der Technik in unbeschränktem Maße zur Verfügung gestanden, dieser Riesenapparat hat in den Tagen des Zusammenbruchs völlig versagt. Nun heißt es, mit den kläglichen Resten, die wir aus den Trümmern herauszuklauben vermögen, eine Arbeit zu leisten, die an Umfang alles bisher Dagewesene übersteigt.

Aber die Arbeit muß geleistet werden. Jetzt, wo die Organisation der jungen sozialistischen Republik ihre Feuertaufe erhalten soll, darf sie nicht versagen und wird nicht versagen. Schier unmenschliche Anforderungen sind es, die an unser Organisationstalent, an unsere Disziplin, an Besonnenheit und straffe Ordnung gestellt werden.

In allererster Linie in den oben genannten Städten. Hier ist die Gefahr, daß sich ein unentwirrbares Chaos entwickeln könnte, am größten. Hier sind die schwächsten Stellen, auch der Republik: hier können Putschversuche einzelner Gruppen und Grüppchen noch am ehesten auf Erfolg rechnen. Daher müssen die Arbeiter- und Soldatenräte auf diese Stellen ihr Hauptaugenmerk richten. Hier muß die Organisation am festesten gefügt sein; kein Riß darf sich auftun, kein Spalt darf klaffen. Hier müssen besondere Vorräte an Lebensmitteln angesammelt, hier müssen besondere Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen ins Werk gesetzt werden.

Vor allem gilt es, jede Stockung auf den Hauptbahnlinien, die ins Innere Deutschlands hineinführen, unmöglich zu machen oder für sofortige Beseitigung Sorge zu tragen. Ein besonderer Aufsichtsdienst ist notwendig, um Eisenbahnunglücke, wie wieder das in der vergangenen gefährlichen Stellen, die allen Eisenbahnern bekannt sind, Woche bei Bingerbrück, zu verhüten. An gefährdeten und muß eine ständige Kontrolle stattfinden. Ebenso ist dafür zu sorgen, daß die Eisenbahnbeamten im Dienst rechtzeitig abgelöst werden, daß ihr Dienst auf den hauptbelasteten

Strecken so weit als möglich verkürzt wird. Auch ein sanitärer Sicherheitsdienst ist einzurichten. Nie war die Gefahr, daß Epidemien verheerend und mit Windeseile sich verbreiten, für unser Land größer als heute. Desinfektionsanstalten, Ausgabestellen für neue Kleidung und Wäsche, Lazarette und Quarantänegebäude müssen überall bereit stehen.

Das muß alles sofort geschehen. Jede Minute Aufschub kann sich bitter rächen. Die Welle der von der Westfront zurückflutenden Soldaten hat in ihren Vorläufern schon die Elbe erreicht; sie kann im Westen sich bereits heute oder morgen überschlagen.

Die toten, verkehrsarmen, nur vom Lokalverkehr berührten Winkel zwischen den Hauptverkehrsstrecken sind aber von nicht geringerer Bedeutung. Das sind sozusagen die toten Gleise, auf denen die Transporte zur Ruhe kommen können. Wo keine genügend großen Garnisonen unmittelbar an den Hauptstrecken liegen, oder wo die Garnisonen überfüllt sind, müssen die heimkehrenden Truppen aufs Land abgeschoben werden.

In drei Reihen ordnen sich diese verkehrsarmen Gebiete, diese toten Verkehrswinkel, an: Im Westen: Münsterland, Hessisches Bergland, Odenwald, Schwarzwald, Alb; in zweiter Reihe Oldenburg und Friesland, Altmark, Thüringen, Mainfranken, Oberbayern; und nach Osten schließen sich noch als besonders ruhige Gebiete Mecklenburg, Uckermark und Mittelmark an.

Diese Ruhepunkte sind gerade unter den heutigen Verhältnissen auch um deswillen von besonderer Wichtigkeit, weil in diesen fast durchaus ländlichen Gebieten sich Nahrungsmittel eher noch in ausreichender Menge beschaffen lassen als in den heute bereits von allem entblößten Provinz- und Großstädten. Zudem könnten die zurückgekehrten Truppen hier zu landwirtschaftlichen Notstandsarbeiten — die Kartoffel- und Rübenernte ist vielfach noch nicht vollständig eingebracht — herangezogen werden.

Neben den Eisenbahnlinien werden auch die Landstraßen mehr als sonst üblich für den Rücktransport in Anspruch genommen werden müssen. Vornehmlich von den Lastkraftwagen und Straßenlastzügen, denen die Vermittlung von den Eisenbahnknotenpunkten ins stillere Hinterland hinein obzuliegen hätte. **eg.**

Die Gegenrevolutionäre erheben das Haupt.

Wie frech die Gegenrevolution sich schon rührt, zeigt eine wütende und wirre Schimpferei, die die „Tägliche Rundschau" als Zuschrift eines „Bürgers" unter dem Titel „Wie es kam" bringt. Unter dem Vorgeben, die Vorgeschichte der Revolution darzustellen, reiht sich eine dumme Schauergeschichte an die andere. Der Verfasser sucht die Behauptung, daß Jugendwehr auf die Menge geschossen hat, als lügenhaft hinzustellen. Schüler seien von Matrosen und Arbeitern zum Mitgehen bei den Demonstrationen gezwungen worden, Waffen seien ihnen ausgeliefert worden, man habe sie gewaltsam im Marstall festgehalten. „Die königstreue Jugendwehr, die in den königlichen Gebäuden von Offizieren geführt, von dort auf das „geknechtete Volk" geschossen haben sollten, sind derartig verschleppte Gymnasiasten; dies Gerede gab Anlaß, eine wüste Schießerei in Szene zu setzen und dem ruhigen Bürger, der von der Revolution nichts wußte, den Beweis zu liefern, daß es höchste Zeit war, daß das „Volk" sich zur Wehr setzte."

Eine andere Blüte: „Für Sonntag, den 9. November, waren die öffentl. Versammlungen in Berlin anberaumt, um nur den Unabhängigen wohlgesinntes Publikum herbeizuführen, wurde am Sonntag vormittag eine wüste Schießerei „Unter den Linden" und am Bahnhof Friedrichstraße in Szene gesetzt, um ja zu verhindern, daß der Bürger in die Versammlungen ging."

Die Hetzepistel richtet sich nicht gegen die Mehrheitssozialisten, die vielmehr indirekt als Retter angerufen werden, die „Unabhängigen" sind dem Schreiber der Dorn im Auge. Zum Schlusse kommt die Angstdemokratie der Herren Konservativen so zum Ausdruck:

„Die „Unabhängigen" machen gut gerechnet 1/10 der Bevölkerung Berlins aus, alles übrige ist vor der Hand den Mehrheitssozialisten ergeben, da die „bürgerlichen Parteien" Herrn Haase nicht genehm sind. Herr Haase hat die Unabhängigen nebst den nach Berlin beförderten Kieler Matrosen in seiner Hand; sie sind bewaffnet und beherrschen vom Reichstagsgebäude aus Berlin und wollen sich der Reichsregierung bemächtigen. Kann man sich einen größeren Terror vorstellen! 1/10 der Bevölkerung Berlins gebietet siegesbewußt über die ganze Stadt und will die Reichsgewalt an sich reißen, ohne das platte Land, den Bauer zu befragen?"

Auf die vielen blöden Anwürfe, die in dem Gesudel gegen unsere Partei und die Revolution enthalten sind, ernsthaft einzugehen, lohnt sich nicht. Wir vermerken die Zuschrift des Bürgers als ein Zeichen dafür, wie sicher sich die Kräfte schon fühlen, die an der Untergrabung der Errungenschaften der Revolution arbeiten, was sie dem revolutionären Volke schon zu bieten wagen.

Die Räumung Finnlands.

General von der Goltz erklärte am Donnerstag dem unter dem Vorsitz des Reichsverwesers versammelten finnischen Senat zu Helsingfors, daß er, um die Berührung der deutschen Truppen mit den zu erwartenden Engländern zu verhindern, im Einvernehmen mit dem deutschen Gesandten Maßnahmen für die unmittelbare Rücksendung der deutschen Truppen getroffen habe.

Hungersnot in Przemysl.

Warschau, 16. November. (T. U.)

Der Krakauer „Czas" meldet, daß in Przemysl eine große Hungersnot ausgebrochen ist. Die Polen haben zwar die Stadt besetzt, aber die Umgebung befindet sich in ruthenischen Händen, wodurch die Zufuhr der Lebensmittel vollständig abgeschnitten ist.

Um Hab und Gut der jüdischen Bevölkerung zu retten, hat sich in Przemysl ein jüdischer Soldatenrat gebildet, der eine jüdische Miliz gebildet hat. Der jüdische Soldatenrat mit Dr. Eisner an der Spitze hat sich dem jüdischen Volksrat zur Verfügung gestellt.

Ein Zusammenschluß bürgerlicher Gewerkschaften.

Die gewerkschaftlichen Organisationen, die bisher im Deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongreß zusammengeschlossen waren, haben sich mit den Organisationen des „freiheitlich-nationalen" Angestellten- und Arbeiterkongresses sowie mit einer Reihe Beamten-, Angestellten- und Techniker-Verbänden zu einem „deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund" vereinigt. Der vorläufige Kongreßausschuß einigte sich auf folgendes Aktionsprogramm:

1. Schleunige Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung; 2. Ein groß-deutsches Reich als Wirtschaftseinheit mit wirklich demokratischer Verwaltung und Verfassung; 3. Gleichheit aller hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte; 4. Freie Bahn den Tüchtigen in Staatsleitung, Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft; 5. Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Tüchtigkeit sowie der Weltkonkurrenzfähigkeit; 6. Unbedingte Mitwirkung der Gewerkschaften und Berufsvereine bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, insbesondere bei der Sozialisierung einzelner Industrie- und Gewerbezweige; 7. Garantie der Bezüge und Pensionen aller Staatsbediensteten.

Die verhinderte „Rote Fahne".

Aus einer langen Erklärung des „Lokal-Anzeigers" in eigener Sache geht hervor, daß der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates an den Verlag Scherl folgenden Befehl erließ, dessen Zurücknahme noch nicht erwirkt werden konnte:

Dem Verlag Scherl wird vom Vollzugsrat des A- und S.-R. die Verpflichtung auferlegt, die täglich erscheinende Zeitung „Die Rote Fahne" unter der Redaktion von Frau R. Luxemburg (Vertreter E. Meyer) zu drucken und die für die Herstellung und Verbreitung erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Berlin, den 12. November 1918. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates. gez. i. A. Richard Müller. Beerfelde.

Trotzdem konnte die „Rote Fahne" bisher nicht erscheinen, da sowohl die Setzer wie auch das kaufmännische Personal streiken und es ablehnen, für die Spartakusgruppe zu arbeiten. Der „Lokal-Anzeiger" wendet sich beschwerdeführend an die Regierung, von der er Abhilfe erhofft.

Der Bund der Landwirte an die Agrarier.

Bauernausschüsse und Bauernwehren.

Der engere Vorstand des Bundes der Landwirte erläßt folgende Mitteilungen in der „Deutschen Tageszeitung":

Die im Kriegsausschusse der deutschen Landwirtschaft zusammengefaßten landwirtschaftlichen Verbände haben sich in einem Aufrufe an die Landwirte gewandt und sie aufgefordert, in jedem Orte Ausschüsse zu bilden. Der Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat der jetzigen Regierung zur Sicherung der Volksernährung seine Mitwirkung angeboten. Die Regierung hat diese Hilfe auch angenommen und einen entsprechenden Aufruf erlassen. Diese Bauernausschüsse sollen in erster Linie die Aufgabe haben, die Volksernährung durch möglichst freiwillige Ablieferung besser zu gestalten und zu sichern. Es muß erwartet werden, daß jeder einzelne Landwirt sich der ungeheueren Verantwortung bewußt ist, die er dabei trägt; denn nur eine gesicherte Volksernährung kann uns bei dem Zurückströmen unseres tapferen Heeres und bei den schweren Waffenstillstandsbedingungen vor dem größten Elend bewahren. Außerdem müssen diese Bauernausschüsse aber auch dafür sorgen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung erhöht, daß in Ausübung der auf dem Lande von jeher bekannten und üblichen, stets notwendigen Nachbarhilfe alleinstehenden Frauen bei Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaft mit Rat und Tat beigestanden wird, und Wirtschaften, denen ein geeigneter Leiter fehlt, in Bearbeitung und Pflege genommen werden, daß die zurückströmenden Arbeitskräfte in die richtigen Bahnen geleitet werden usw. Endlich muß daran gedacht werden, daß diese Bauernräte nötigenfalls auch — ähnlich wie die jetzt entstehenden Bürgerwehren in den Städten — als Bauernwehren tätig werden müssen zwecks Schutzes des Eigentums der Personen und der Ordnung im Interesse der Aufrechterhaltung der Ernährung zum Wohle der Volksgesamtheit. Bei Unordnungen oder Unruhen auf dem Lande müssen sie darauf eingerichtet sein, Plünderungen oder dergl., die unser ganzes Ernährungswesen gefährden würden, abzuwehren, wobei vorgesorgt sein muß, daß eine Unterstützung durch die nächsten militärischen Kommandostellen und durch Nachbardörfer und deren Bauernwehr gewährleistet wird. Es muß erwartet werden, daß die zurückkehrenden Krieger sich ebenso bereitwillig zu diesem Sicherheitsdienste stellen, wie dies von den älteren ehemaligen Kriegern zu hoffen ist.

Die Bauernräte jedes Ortes müßten endlich geeignete Persönlichkeiten als Delegierte wählen, die kreis-, bezirks- und provinzweise zusammenkommen müßten, um die Behörden zu beraten und dabei die Wünsche der Landwirtschaft zur Geltung zu bringen.

Wir vermissen bei dieser Mitteilung Angaben über das Wahlrecht zu den Bauernräten, in denen natürlich nicht nur die Groß- und Mittelbauern vertreten sein dürfen. Die schwersten Bedenken sind aber gegen die Bauernwehren zu erheben, die leicht zu einer Garde der Gegenrevolution werden können. Eine Gefährdung des Privateigentums durch Plünderer kann durch reguläres Militär abgewehrt werden. Wir brauchen keine besondere Bauernwehr nachdem in Berlin die rote Garde abgelehnt worden ist.

Revolutionsliteratur 1848.

Bald nachdem die bürgerliche Revolution 1848 in Berlin siegreich ihr Haupt erhoben hatte, ließ die neu erkämpfte Preßfreiheit eine umfangreiche Revolutionsliteratur erblühen. In Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern entfalteten Berufene und Unberufene eine lebhafte Propaganda für ihre Ideen, mit Pathos und Satire, in Poesie und Prosa ging man der niedergekämpften, aber noch nicht völlig überwundenen Reaktion zu Leibe.

Es hat gerade in unseren Tagen einen eigenen Reiz, sich in diese revolutionäre Literatur der Zeit vor 60 Jahren zu vertiefen. Einige kleine Stichproben mögen ein Bild zu geben versuchen von ihrer Vielseitigkeit und ihrem Charakter.

„Hurra, nach dem Friedrichshain!" überschreibt sich ein Flugblatt, das die Errungenschaften der Märztage feiert: „Haben wir eine Revolution gehabt? Oder war das, was mit unwiderstehlicher Macht das letzte, todesbange Sträuben des Absolutismus besiegte, seine trotzigen Säulen zerbrach, seinen morschen Stamm entwurzelte, war das nichts weiter als eine Revolte? War es eine Revolution, welche unter den Heldentaten der Völker legitim ist, und über welche in den strahlenden Hallen der Weltgeschichte zu Gerichte gesessen wird, oder war es ein verpönter Straßenskandal, der sein Forum in den rußigen Stuben des Molkenmarktes findet? Waren es zweihundert Brüder, deren Opferblut den Altar der Freiheit benetzte, Helden oder Verbrecher? War die erhabene Feier, womit die zerfleischten Leichen der Märznacht zur Ruhe geleitet wurden, eine Komödie? War die Ehrfucht, welche den Hüllen der Märtyrer erwiesen ward, nichts als Heuchelei?"

Die Antwort lautet: „Wir sind mündig! Hört es, ihr Toren, die ihr glaubt, uns auch jetzt noch gängeln zu können! Wir sind mündig, — nicht blos deshalb, weil wir es verstanden haben, eine Revolution zu machen, sondern deshalb, weil wir es verstehen, die Revolution zu ertragen. Wer wagt es, zu behaupten, daß wir auf der leuchtenden Höhe der Freiheit vom Schwindel ergriffen worden sind? Wer wagt es, uns, unseren Brüdern aus allen Ständen, eine Uebeltat zur Last zu legen, die die Freiheit verschuldet hat? Kommt uns nach auf unsere Höhe, ihr Engbrüstigen, wenn ihr es vermögt; hier oben ist's gar herrlich! Und wenn ihr's nicht vermögt, so bleibet unten bei den quakenden Fröschen. Wir fürchten euch nicht, wir sind Männer!"

Begeistert feiert der Verfasser dann den Zug nach dem Friedrichshain. Den Gegnern der Revolution rät er, sich zu fügen: „Glaubt es mir, ihr habt nichts zu fürchten, aber glaubt nicht minder: Ihr habt auch nichts zu hoffen! Laßt euch, zu eurem Besten, aus euren Träumen aufrütteln. Wir wollen nach Kräften dazu beitragen, indem wir euch immer wieder unseren Wahlspruch donnernd in die Ohren rufen:

Hurra, nach dem Friedrichshain!"

Den Opfern der Märzbewegung wurde in zahllosen Gedichten und Prosanachrufen Huldigung dargebracht. Adolf Glasbrenner rief den im Friedrichshain Begrabenen zu: „Wir sind feierlichen Ernstes, in unübersehbaren Reihen hierhergezogen, um das verletzte Andenken unserer Heldenbrüder zu ehren. Ehren wir es würdig, indem wir unseren gerechten Zorn und unsere Verachtung gegen ihre Beleidiger aufgehen lassen in dem Schwure der Freiheit. Zu dir, Geist der Geister, schwören wir, daß unser Blut eins ist mit dem Blute dieser Toten! Zu dir schwören wir, daß sie leben in uns und daß wir sterben in ihnen. Was diese Edlen errungen haben und erringen wollten, ist unsere Kraft und unser Wille! Ihre Gebeine sind die Opfer der Tyrannei, ihr Odem in uns ist Freiheit! Sie sind selig in uns, denn wir sind selig in Dir!

So reichen wir denn über diesen heiligen Gräbern der heiligen Brüder vom 18. und 19. März die Hände zum Bunde der Freiheit und Liebe. Aus dem jungen Grün dieses Hains flüstern die Geister der Gefallenen Versöhnung. Wir haben den Zorn unseres Herzens ausgeschüttet, und das Andenken an diese ruhenden Helden kann nur noch entweiht werden, wenn wir die Freiheit unseres deutschen Vaterlandes antasten lassen, wenn wir uns entweihen in dem, woran unsere Brüder gestorben sind."

Die Opfer der Revolution selbst ließ Glaßbrenner den Lebenden zurufen:

„Wahret die Freiheit gut! Wir erkämpften sie Euch mit dem Leben.

Diese gemeinsame Gruft decket die Helden des Volks."

Ein Flugblatt „Berlin an die Aufwiegler der Provinzen" nimmt die Hauptstadt gegen alle möglichen Angriffe in Schutz. Berlin sei nach gewissen Leuten an allem schuld. „Der Bauer will zur Vernichtung Berlins beitragen, weil das Korn zu wohlfeil, der Dütchenkrämer, weil die Semmeln zu klein, der Hausbesitzer, weil die Mieter nicht bezahlen, der Börsenjude, weil die „Papierche" gefallen." Wer steckt hinter dieser Hetze gegen Berlin? fragt der Schreiber. „Beamte, Räte, Königliche Professoren, Königliche Assessoren, Königliche Leutnants, Königliche Majors, Königliche Offiziere aller Art, auch pensionierte, welche für ihre Gehälter, ihre Pensionen fürchten, wenn was Gescheites aus der Freiheit wird." Der Aufruf warnt dann, diesen Verleumdern zu glauben: „Ihr Zweifler, ihr Verführten, ihr Belogenen und Betrogenen, prüfet, prüfet genau, prüfet alles, was ihr hört, seht, lest und glaubt, und wenn ihr durchaus nicht aufs Reine kommen könnt, so schicket, wie gesagt, Ehrenmänner in die Hauptstadt, die für euch gekämpft, geblutet und gerungen hat alle Tage und Nächte wachsam und mutig und friedlich, die überall schon wieder verratene Freiheit zu retten. Berlin leidet mehr wie jede andere Stadt an dem Hunger, der Erwerbslosigkeit und alle dem Elend, welches die 33 Jahre lange Knechtschaft und besonders die Mißtrauen und völlige Verwesung des Landes und Volkes erzeugende Schwebe- und Bummelpolitik seit den Märztagen hervorrief und täglich steigert. Noch keine errungene und bewilligte „Freiheit" ist Wahrheit geworden und jeder Tag mehrt die Gewißheit, daß die alte, faule Bürokratie mit ihrem verfrühten Anhange aus den Verheißungen des Königs abermals Lügen machen will, daß wir diese Volks- und Hochverräter erst vernichten müssen, ehe an Rückkehr der Ruhe und Ordnung auf der Grundlage des Gesetzes in der Freiheit nur gedacht werden kann. Vernichtet müssen sie werden um jeden Preis. So lange sie uns nicht gewaltsam zu wirklicher, körperlicher Vernichtung nötigen, wollen wir es mit dem Schwerte des Geistes, der Wahrheit und fester Mannesehre tun — wir in Berlin ebenso, wie ihr Männer von Einsicht und Ehre in den Provinzen."

Auch an Warnungen, „sich nicht provozieren zu lassen", fehlte es nicht. So riefen „Bürgerwehrmänner aus dem neunten Bezirk" in einem Flugblatt ihren „Mitmenschen" zu, möglichst überall die Ruhe zu bewahren, sonst würde die Regierung sagen: „Wir haben Euch nun alle Freiheiten gegeben, allein es geht nicht! Ihr seid noch nicht reif dafür, gebt mal Eure Waffen her, und kommt herein, Ihr Soldaten und stellt uns mal die Ruhe wieder her, denn die Leute unter sich können noch nicht Ruhe halten!" Die Verfasser des Aufrufs sagen: „Seht Ihr, Kinder, so wirds kommen, wenn wir den Herren vom alten Regiment nicht einen Strich durch die Rechnung machen, und dies wollen wir tun! Wir wollen ihnen den größten Possen auf der Welt spielen, und uns untereinander dahin verbinden, „die Ruhe unter uns selbst aufrecht zu erhalten". Also: wem die teuer errungenen Freiheiten —

Ein Beitrag zur Vorgeschichte.

Die Genesis der Waffenstillstandsbitte.

Der Ex-Reichskanzler Prinz Max veröffentlicht in den Preußischen Jahrbüchern den Wortlaut einer nicht gehaltenen Rede, die er in der Badischen Ersten Kammer halten wollte, um Rechenschaft über die Tätigkeit als Kanzler zu geben.

Er geht von der Tatsache aus, daß ihm berichtet war, der Krieg sei verloren, als er sein Amt übernahm. Er habe Deutschland durch Demokratisierung und die Politik des Völkerbundes retten wollen, habe es aber nicht mehr vermocht. Entscheidend dafür sei das Waffenstillstandsangebot, das ihm fertig vorgelegt worden, als er in Berlin eintraf. Er habe es als einen schweren Fehler bekämpft, den ersten Freiheitsschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis zur deutschen Schwäche zu begleiten, und habe den Gegenvorschlag eines detaillierten Kriegszielprogramms gemacht, das vor aller Welt Deutschlands Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machen sollte.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Diese Stelle ist das Wichtigste an der Rede. — sie zeigt aufs deutlichste, daß der deutsche Militarismus in sich selbst zusammengebrochen ist, daß Ludendorff um jeden Preis zum Frieden und Waffenstillstand gedrängt hat — allerdings ist er dann später wieder umgeschwenkt.

Prinz Max wendet sich dann zu den Ursachen des „Zusammenbruchs" im Innern, d. h. der Revolution .. Er verhehlt seine Abneigung gegen die gewaltsame Aenderung der deutschen Zustände und meint, es wäre auch ohne das gegangen, denn die Ausschaltung aller Nebenregierungen war im besten Gange, bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Da kam die Aufrollung der Abdankungsfrage durch Präsident Wilson. Er (der Prinz) habe den Kaiser dauernd orientiert, dessen freiwilliger Entschluß das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren konnte. Man dürfe das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen, es seien gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre.

Wörtlich geht es dann weiter:

Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näherrücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen. Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Oesterreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht los werden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfront halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten, und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich hatte den Reichskanzler (!) Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Ueberzeugungssache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung anbefehlen müßten.

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zuströmen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Der Exkanzler schließt mit dem Hinweis, daß Deutschland zwar keinen militärischen Widerstand gegen die harten Bedingungen der Alliierten, aber moralischen leisten müsse. Würden die Waffenstillstandsbedingungen bleiben, so sei der Völkerbund ein totgeborenes Kind. Deutschland dürfe nicht „charakterlos" aus diesem Kriege hervorgehen.

Die Mitteilungen des Prinzen über seine Verhandlungen mit den Regierungssozialisten liefern einen weiteren Beitrag zur Beurteilung ihrer Politik. Wir registrieren ihn. Unsere Partei hat sich zu gemeinsamer Aktion mit den Rechtssozialdemokraten unter dem Zwange der Not zusammengefunden. Sie darf aber keinen Augenblick in Illusionen über das Wesen der Verbündeten verfallen.

Zum Kehraus in Behörden und Kriegsgesellschaften.

Auch viele Behörden und Kriegsgesellschaften müssen demobilisieren. Sie haben keine Arbeit mehr. Beamte und Bureaupersonal sitzen vor leeren Aktenböcken und Schreibmaschinen. Noch ehe die neu gebildeten Betriebsräte ins Leben gerufen wurden, sind Massenkündigungen erfolgt. Mit weiteren ist zu rechnen, wenn nicht zum 1. Dezember, so doch, vor allem für große Gruppen von Angestellten mit sechswöchiger Kündigung zum 1. Januar. Viele, vielleicht die Mehrzahl, finden sich dann mittel- und erwerbslos auf der Straße. Die Arbeitslosenversicherung wird nicht gleich helfen können. Daher ist es ein Gebot der Stunde, der Not vorzubeugen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat unverzüglich alle Kündigungen bei Behörden und dergl. zunächst einmal rückgängig zu machen. Soweit Kündigungen notwendig sind — und sie sind an vielen Stellen notwendig, um die Reichsfinanzen mit unfruchtbaren Ausgaben nicht allzusehr zu belasten —, müssen sie nach einem bestimmten Modus stattfinden. Vor allem sind die von anderen Dienststellen den Reichsbehörden überwiesenen Beamten, die ihr Gehalt und ihre Pension sicher haben, möglichst zu entfernen. Eine ganze Anzahl von Kriegsbeamten, die kommandiert oder durch den Hilfsdienst zu den Behörden gekommen sind, beziehen ein doppeltes Gehalt, von ihrer Berufs- und von ihrer Dienststelle. Sie müssen ausscheiden. Ebenso diejenigen, die irgendeinen anderen Beruf, ein Geschäft haben, das sie ernährt, Frauen, deren Männer vollbeschäftigt sind, Haustöchter, die sich bei Eltern in auskömmlichen Verhältnissen befinden — sie alle müssen denen Platz machen, die durch eine Kündigung auf die Straße geworfen würden. Im Bedarfsfall müssen auch in den Behörden Notstandsarbeiten ausgeführt oder ein Austausch von Beamten und Bureaupersonal zwischen den einzelnen Behörden organisiert werden.

Jedenfalls haben die Betriebsräte streng darüber zu wachen, daß alle Härten unter allen Umständen vermieden werden.

Politische Nachrichten.

Die Friedenskonferenz tritt nach dem Londoner „Daily Chronicle" Anfang 1919 in Versailles zusammen. Zu den britischen Bevollmächtigten würden Lloyd George, Balfour und Barnes gehören. Die britische Delegation würde vermutlich über 200 Personen bestehen.

Frankfurt a. M. und Darmstadt bleiben unbesetzt. Aus den Zusatzbestimmungen des Oberkommandos der Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frankfurt a. M. nicht zu den rechtsrheinischen Brückenköpfen von Mainz gehört, also nicht von den Feinden besetzt wird. Dasselbe gilt von Darmstadt. Beide Städte werden jedoch in die neutrale Zone fallen, die sich zehn Kilometer um jeden Brückenkopf herumziehen wird.

Anpassung. Die „Kreuzzeitung" hat die Devise: „Mit Gott für König und Vaterland", die sie bis zur Revolution am Kopfe trug, abgeschafft. Ebenso hat die „Deutsche Tageszeitung" ihren bisherigen Wahrspruch „Für Kaiser und Reich" beseitigt.

Abtransport der französischen Kriegsgefangenen. Am 15. November ging der erste französische Gefangenentransport von Frankfurt a. M. über Gießen und Limburg in der Richtung Metz nach Frankreich ab. In Limburg begrüßte der Beauftragte des A.- und S.-Rates bei der Gefangeneninspektion die 2000 befreiten Gefangenen in einer Ansprache, die den Tag der Freiheit und Völkerverbrüderung feierte. Die Franzosen dankten mehrfach.

Die Zentrumsfraktionen des Reichstags und gewesenen preußischen Landtags haben einen Ausschuß gebildet, der „im Lande aufklärend" wirken soll. Dr. Pfeiffer vertritt in ihm die Reichstags-, Professor Wiedemann die Landtagsfraktion. — Der Hauptvorstand der sächsischen Zentrumspartei hat einen Aufruf erlassen, der auf die Notwendigkeit der Agitation für die Nationalversammlung hinweist. Auch die Frauen seien nicht zu vergessen, nun auch sie zum erstenmal zur Wahlurne schreiten werden.

Keine Einfälle polnischer Banden im Osten. Wie aus Allenstein und Oberschlesien gemeldet wird, herrscht in den Grenzbezirken völlige Ruhe.

Anschluß des Herzogtums Koburg an die Republik Bayern? Alle Abgeordneten des Landtages treten für den Anschluß des Herzogtums von Koburg an die Republik Bayern ein.

Das Wahlprogramm zur konstituierenden Nationalversammlung. Wie die „Münchener Post" meldet, wird die Sozialdemokratie bei den kommenden Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung an die Spitze ihres Programms die agrarische Reform stellen. Große Massen von Kleinbauern und ländliche Arbeiter werden durch die Parole einer planmäßigen Landaufteilung mobilgemacht.

Der achtstündige Arbeitstag in den Münchener Zeitungsbetrieben. Die „Münchener Tageszeitungen" geben bekannt, daß in ihren Betrieben vom kommenden Sonntag ab der achtstündige Arbeitstag eingeführt wird.

Die englischen Wahlen. Reuter meldet aus London: Bonar Law teilt mit, daß das Parlament gegen Ende der Woche vertagt werde. Am 25. November soll die Proklamation zur Ausschreibung der Wahlen erfolgen. Die Wahlen sollen am 14. Dezember stattfinden.

---

und wert sind, der stimme mit ein in unseren Vorschlag: „Ein Hundsfott, wer von heute ab die Ruhe wieder stört!"

Ausgiebig beschäftigte sich der Berliner Witz mit den von der Revolution zurückgedrängten Gewalten. Adolf Glaßbrenner sang sein hübsches Leierkastenlied vom „Tod des deutschen Michels":

„Der deutsche Michel war ein Mann,
Kein Fürst ihn besser wünschen kann;
Bei Polizei und bei Gendarm
Fühlt er sich sicher, wohl und warm.

Nun war es grade dieses Jahr
Im schönen Monat Februar,
Da ging es in Europa her,
Als ob man nicht zufrieden wär'.

In Frankreich hat man es gewagt,
Und Ludwig Philipp fortgejagt;
Wie das der deutsche Michel las,
Da sagte er: Das ist kein Spaß! . . .

Nicht lange drauf, so ging auch schon
Nach Deutschland die Revolution!
Da schloß sich unser Michel ein
Und war sehr blaß für sich allein . . ."

Das Gedicht schildert dann weiter, wie die Lebenskraft des deutschen Michels bei jedem neuen Erfolge der Bewegung weiter dahinschwindet, bis der Zusammenbruch von „Preußens alter Purpurpracht" ihm vollends das Ende gibt.

„Das war des Michels Todesstoß:
Die Zeit war, ach, für ihn zu groß;
Er schrie noch einmal Ach und Weh,
Vom Kopf fiel ihm die Nachtmütze. . . .

Doch wir verzagen nimmermehr,
Denn eines tröstet uns gar sehr:
Sein edler Geist, wenn auch schon dort!
Lebt unter uns noch immer fort."

In „Herrn Buffeys Tagebuch" zeichnete Glaßbrenner die Bemerkung ein: „Anno Eens für die Völker! Ludwig Philipp ist fortgejagt, in Frankreich is de Republik erklärt, heller Dag jeworden: nu wird et in Deutschland tagen, nu der Hahn jekräht hat. Unsere Nachtwächter werden noch mal ochsig tuten un „Bewahret det Feuer un det Licht!" singen, aber et wird ihnen nischt mehr helfen, denn die Sonne is uffjangen un — det stört! Ju'n Nacht, Despotie, schlafen Se wohl! Ju'n Morjen, Freiheit! Wenn wir man erst „Jesejnete Mahlzeit, Armut!" werden sagen können." — Gut „berlinerisch" ist auch folgende „Straßenszene" vor einem der revolutionären Maueranschläge: Rentier: „Wie ist es aber möglich, daß man solche aufrührerischen Sachen öffentlich anschlagen kann!! Die Polizei nützte . . ." — Schusterburjche: „Ja, Herr Rentier, so is et! Seitdem die Papiere hier vor uns Arbeitern jestiegen sind, sind Ihre Zinsenpapiere jefallen." — Rentier: „Ruhig, Pöbel!" — Schusterburjche: „Bitt' Ihnen, halten Se keene Selbstjespräche, wenn ick dabei bin."

Besonders hatten es auch die Offiziere den Flugblattschreibern angetan. Kräftig geht mit ihnen ein Blatt ins Gericht, das die Ueberschrift trägt: „Stillgestanden! Reaktionäre Offiziers, zum Flötengehn rückwärts richt' Euch! Marsch! Eine heilsame Exerzier-Uebung von Justus Buddelmeyer, Dages-Schriftsteller mit'n jroßen Bart." Es ruft den Offizieren zu: „Ju'n Morgen, Herr Fischer! Herr Fischer sagte: Schön Dank! Un schien janz jeneigt mit an de Arbeit zu jehn, obgwars mit'n sehre pfinfrigen Jesichte. Alleene aber, wie't nu vor sich jehen sollte, da fung mein juter Herr Fischer an, allerhand Sparenzien zu machen und zuppt hier un zuppt da un bockt und will nich wech, als wie man Hoe retur! An der Herr Fischer seind Sie!! Aber der Deibel soll Ihnen uff'n Kopp kommen! Wat wollen Sie Schwerenöther denn eejentlich? Wodrüber sind Sie denn so vorsichtig? Deß man zu Ihnen sagt, Sie sollen mit de Menschheit vorwärtsjehn und nich Ihre olle verrostete Mittelalters-Ricken widder als Hemmschuh anlejen? Des beleidigt Ihnen? J, seh'n Se mal! Entweder haben Sie jorne Ricken, denn muß man Ihnen des sagen un noch hinter die Ohren schlagen derzu, wissen Sie des? Machen Sie mir nich ärjerlich, denn werr ick doch nich rab find!"

Auch den leitenden Männern des alten Regimes wurden naturgemäß nicht nur Schmeicheleien gesagt. „Der Teufel in Berlin", eine der in jenen bewegten Tagen ins Leben gerufenen satirischen Wochenschriften, brachte beispielsweise die bissige, auf des Königs Vorliebe für alkoholische Getränke anspielende Meldung: „Seine Majestät der König von Sans-six-Sous*) haben den Herrn von Bachus zu allerhöchstihrem Geheimen Staatsrat gnädigst zu ernennen geruht", und wenig später die Nachricht: „Im demokratischen Klub ist beschlossen worden: „Rer" künftig ohne R zu schreiben." Dem vielgehaßten Pfuel prophezeite ein Flugblatt „schlechte Geschäfte". „Um Ihnen jedoch meine Teilnahme zu bezeigen, werde ich Ihrer Leiche mit Vergnügen folgen."

Von dem Minister des Innern „Herrn vom Gewissen" verbreitete der „Teufel" in Berlin die Nachricht, daß er in der Nacht vom 18. zum 19. März „am Blutsturz gestorben" sei. Von den Ministern im allgemeinen heißt es, daß sämtliche Ex-Exzellenzen inzwischen in die Bäder gereist wären, um ihren von der Hofluft verdorbenen Ruf zu reinigen. „Die Mehrzahl wird Brunnen trinken, der Finanzminister aber zwangsweise von der Pumpe Gebrauch machen."

Obgleich eine bürgerliche Revolution, zeigte die Bewegung von 1848 doch auch schon das proletarische Element als eigentlich treibende Kraft. Hier und da spiegelt sich das auch in den Zeit- und Streitschriften jener Tage. Klar erkennt beispielsweise die vorwärtsdrängende Kraft gerade der proletarischen Kreise ein Gedicht „Regierende und Regierte", das damals verbreitet wurde.

Proletarier:

Hop! hop! det dunkt sich woll nich gut,
Wenn wir die Marseillaise singen?
Wir wollen euch det faule Blut
Een Bisken in Bewegung bringen.
Gepfiffen habt Ihr lang genug;
Jetzt endlich wird das Volk mal pfeifen.
Gekniffen habt Ihr uns genug,
Jetzt wird Euch ooch det Volk mal kneifen.

Aristokrat:

Laßt mich in Ruhe, lieber Freund!
Ich muß mich erst ein wenig sehen.
Wir haben's stets so gut gemeint;
Wie könnt Ihr uns so grimmig sehen!
Ich fühl's, wie mich der Schwindel packt,
Was ist das für ein tolles Jagen!
Hört auf!, Hört auf!, der Boden knackt!
Ich kann den Sturmschritt nicht vertragen.

Proletarier:

Laß knacken, wat da knacken will,
Vorwärts! un immer druf gewurzelt!
Wir sind im Zug, un stehn nich still,
Bis Eener von uns Beeden purzelt!!!

S. N.

*) Wortspiel im Anklang an den Namen des Schlosses Sanssouci. Sans-six-sous heißt „ohne Heller und Pfennig".

Zusammentritt der belgischen Volksvertretung in Brüssel. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Brüssel: Alle Parteiführer wurden am Donnerstag vom König empfangen. Die Volksvertretung wird zu Anfang der nächsten Woche in Brüssel zusammentreten.

Die **Nationalversammlung des tschechisch-slowakischen Staates** hielt ihre erste Sitzung ab. Der Vorsitzende des Nationalausschusses Kramarsch eröffnete die Versammlung mit einer Rede, in der er u. a. erklärte: Unser Staat wird allerdings ein tschechischer Staat sein, aber unser Stolz wird es sein, daß ein Nichttschecke sich bei uns nicht unterdrückt fühlt. Zum Schlusse erklärte der Redner den tschechisch-slowakischen Staat als Freie Tschechisch-Slowakische Republik und bat, zum ersten Präsidenten der Republik Masaryk zu wählen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu.

Aus Krasnojarsk wird gemeldet, daß die Tschecho-Slowaken revoltierten und sich weigerten, gegen die Revolution zu kämpfen. Sie verlangen sofortigen Rücktransport nach der Heimat. Die Arbeiter schlossen sich ihnen an und sprengten in Omsk die Pulverfabrik in die Luft.

Zwölf Frauenmandate werden für den Wiener Gemeinderat geschaffen, von denen 5 den Sozialdemokraten, 5 den Christlich-Sozialen und 2 den Deutschfreiheitlichen zufallen sollen.

In Luxemburg nahm die Kammer einen Antrag an, daß die Großherzogin sich so lange jeder Regierungshandlung enthalten solle, bis eine Volksabstimmung über die künftige Staatsform entschieden habe. Ein Antrag der Sozialisten und Liberalen auf sofortige Erklärung der Republik wurde abgelehnt.

Von einer ausgedehnten Arbeitsruhe in Mailand legen die Berichte der großen italienischen Blätter Zeugnis ab. Nach dem „Sekolo" sollen von den Mailänder Arbeitern folgende Forderungen gestellt werden: Amnestie für alle politisch Verurteilten, Aufhebung der Zensur, Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit. „Unione Italiano di Lavoro" verlangt von der Regierung, die anfangs des Krieges den Arbeitern gemachten Versprechungen zu erfüllen, wie Achtstundentag, Mindestlohn, soziale Versicherung, Neuwahl des Parlamentes, absolute politische Gleichheit.

Gegen die Judenprogrome in Polen wendet sich eine Erklärung des englischen Auswärtigen Amtes, die darauf aufmerksam macht, daß die Alliierten und Amerika nur denjenigen mitteleuropäischen Völkern beim Wiederaufbau helfen würden, die durch die Tat beweisen, daß sie Ordnung und zivilisierte Zustände wünschen.

Aufstände in Rußland. Nach einer Meldung der „Prawda" ist es im Juli zu 168, im August zu 182 Aufständen gegen die Räteregierung gekommen.

Die Storthingswahlen in Norwegen haben ergeben: 52 Linksparteiler (bisher 74), 3 Arbeiterdemokraten (bisher 6), 35 Rechtsparteiler (bisher 21 einschl. der Freisinnigen), 16 Freisinnige, 18 Sozialisten (bisher 19) und 2 Bauernbündler. Bemerkenswert ist, daß von den gewählten Sozialisten der überwiegend größte Teil der gemäßigten Richtung angehört, während die meisten Anhänger der bolschewistischen Richtung in ihren Kreisen unterlegen sind, obwohl die Leitung der sozialdemokratischen Partei in den Händen der letztgenannten Richtung liegt.

Das Friedensprogramm der englischen Demokraten. Das Londoner demokratische Organ „The New Europe" bringt ein eingehendes Friedensprogramm. Die Vorschläge gleichen den wichtigsten Punkten, stimmen in vielen mit den 14 Punkten des Präsidenten Wilson überein. Besonders auch in der Regelung der territorialen Fragen. Das Programm zeigt das auch in englischen demokratischen Kreisen. Der Gedanke des Völkerbundes, des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, der internationalen Abrüstung und der zwischenstaatlichen Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen bei Ablehnung des Wirtschaftskrieges gewinnt ständig an Boden.

Groß-Berlin.

Arbeitsbeschaffung.

Von Tag zu Tag steigert sich die Zahl der Arbeitslosen. Die Munitionserzeugung geht zu Ende. Die vielen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den Fabriken lohnende Beschäftigung gefunden, werden entlassen. Auch in anderen Betrieben, die Kriegsgegenstände herstellten, stockt der Betrieb, geht seinem Ende entgegen. Dazu kommt die schleunige Rückkehr der Soldaten, die so schnell wie möglich in die Heimat wollen, aber, hier angekommen, plötzlich vor dem Nichts stehen. Die Forderung, vorläufig bei der Truppe zu bleiben, um geordnete Verhältnisse zu haben, ist vollkommen berechtigt, im Interesse der arbeitenden Massen daheim und auch im eigenen Interesse. Wir gehören nicht zu denen, die einen Mann auch nur eine Stunde länger seiner Selbstbestimmung berauben möchten, aber im Allgemeininteresse liegt es jetzt tatsächlich, daß ein Chaos vermieden werden muß.

Durch den Verlauf der Dinge ist alles anders gekommen, wie die meisten es sich vorgestellt haben. Was ist nicht alles von der Uebergangswirtschaft gesagt, welche großzügigen Pläne sind erörtert worden. Man wollte langsam abbauen, wollte die Truppen nach und nach, teelöffelweise, vom Truppenteil entlassen, um sie so gleich an ihre richtige Stelle überführen zu können. Und nun ist alles anders gekommen, gewissermaßen über Nacht. Mit den Tatsachen muß aber gerechnet und es muß sofort Hilfe geschaffen werden.

Reich, Staat und den Gemeinden erwachsen Riesenaufgaben. Das Reich stellt Mittel zu Unterstützungszwecken bereit. Die Hauptarbeit haben die Gemeinden. Sie haben die Durchführung aller Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, Not und Elend zu lindern. Hierzu gehört die Gewährung einer angemessenen Unterstützung der Arbeitslosen in Geld oder Naturalien, vor allem aber die Beschaffung von Arbeit.

Heute zeigt sich, wie notwendig es war, als vor wenigen Monaten die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Einsetzung einer gemischten Deputation zwecks Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft vorschlug. Damals lehnten die übrigen Gruppen der Versammlung den Antrag ab, weil das ja ohnehin geschehe.

Soweit die Gemeinde in Frage kommt, ist ein genaues Verzeichnis aufgestellt all der Unternehmungen und Arbeiten, welche die Stadt ausführt. Da ist der Bau der städtischen Nord-Süd-Bahn, dann die mit Garantieübernahme Berlins auszuführende Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln, die Fortführung des Baues des Westhafens, zahlreiche Hochbauten, Straßenpflasterungen und andere Arbeiten mehr. Tausende von Arbeitern können in diesen Unternehmen Arbeit finden. Dasselbe ist auch in vielen Privatbetrieben der Fall. Es handelt sich darum, sofort das Rohmaterial freizumachen, soweit es im Inlande vorhanden ist. Dann aber muß eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. In einigen Betrieben werden weibliche Arbeitskräfte den aus dem Felde Heimkehrenden, die ihre Stellen wieder einnehmen wollen, Platz machen, wie das die Große Berliner Straßenbahn angekündigt haben soll.

Alles das wird noch nicht genügen, zumal der Winter vor der Tür steht, der die Ausführung mancher Arbeiten hindern dürfte. Deshalb muß in großem Maße für genügende Ernährung der großen Masse Sorge getragen werden. In Berlin sind alle Einrichtungen vorhanden. Auch der Staat darf da nicht zurückbleiben, wir denken nur an die großen Staatsarbeiten, zu denen noch andere, wie Bau von Kanälen, kommen können.

So zeigt sich, welch große Aufgaben Reich, Staat und Gemeinden obliegen, um Arbeit zu schaffen und die Not der breiten Massen durch alle nur erdenklichen Mittel auf das niedrigste Maß zu beschränken. Die bisher herrschende Klasse hat durch ihre Kriegspolitik die Massen an den Abgrund gebracht; es gehört eine Riesenarbeit dazu, auch nur einigermaßen Abhilfe zu schaffen.

Rätewahlen.

Seit dem 9. November stehen wir im Zeichen der Rätewahlen. Wahlen zum Arbeiterrat wurden zuerst am Sonntag, den 10. November offiziell vollzogen. Auch die Soldaten wählten an diesem Tage einen Rat, den Soldatenrat. Daß es vor dem 9. November bei uns einen Arbeiterrat gab, erfuhr die breitere Oeffentlichkeit vier Tage vor dem 9. November durch einen Erlaß des Chefs des Oberkommandos in den Marken, von Linsingen, nach dem die Bildung von Arbeiterräten strengstens untersagt war. Noch keine acht Tage sind ins Land gegangen, da wurden die Arbeiter und Soldaten zu den Wahlen zum Arbeiterrat öffentlich aufgerufen. Was vor acht Tagen noch verpönt war, gilt jetzt als eine Notwendigkeit. Mehr noch, es gehört zum guten Ton, Wahlen zum Arbeiterrat vorzunehmen. Es ist nicht dabei geblieben, daß nur die Arbeiter in den Betrieben Delegierte in den Arbeiterrat entsandten, sondern auch alle Angestelltenkategorien nahmen zu diesen Wahlen Stellung. Und wo solche Wahlen stattfanden von Angestellten, die von Organisation keine Ahnung hatten, war von einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Wahlgeschäfte keine Rede. Ein Durcheinander zeigten vor allem die Besprechungen der Angestellten in Kriegsgesellschaften, in denen Leute aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen zusammengewürfelt sind. Nicht einen Funken Disziplin haben diese Angestellten im Leibe. Nur die gewerkschaftliche und politische Schulung kann hier helfen.

Wichtiger ist, wen gerade diese Angestellten als ihre Vertreter ansahen. So wählten die Angestellten und Beamten der Kriegsernährungsämter einen Herrn Medizinalrat Dr. Aller vom Kriegsernährungsamt und den Abteilungsleiter Dr. Fränkel von der Reichskartoffelstelle.

Beide Herren erklärten, nie Sozialdemokraten gewesen und auch durch die Revolution nicht geworden zu sein, was großen Beifall hervorrief. Auch die Lehrer haben dieser Tage einen Lehrerrat, die Aerzte und die Anwälte haben gleichfalls Rätewahlen vorgenommen. Von Interesse ist aber die Wahl zu einem Richterrate, welche die Richter vorgenommen haben. Die Richter, berufen, die festgelegten Gesetzesbestimmungen anzuwenden und auszulegen, nehmen Rätewahlen vor. Sie wollen nicht zurückbleiben, obwohl diese Einrichtung in keinem Gesetzbuch oder Kommentar niedergeschrieben ist. So ändern sich die Zeiten und die Menschen mit ihnen.

Die Beerdigung der Opfer der Revolution ist auf Bußtag, mittags 12 Uhr, festgesetzt. Die Bestattung erfolgt auf Kosten der Stadt Berlin. Es werden 7 Gefallene auf dem kleinen Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain beigesetzt. Im ganzen befinden sich im Leichenschauhause 17 während der Revolution ums Leben gekommene, von denen 6—7 auf anderen Friedhöfen beigesetzt werden. Personen, die beim Plündern ums Leben gekommen sind, werden im Friedrichshain nicht bestattet.

Revolution auf Einladung.

In einer öffentlichen Versammlung des Bundes Neues Vaterland in den Prachtsälen des Westens stellte ein Redner unter anderem den Satz auf, Arbeiter und Bürgertum müßten sich zum gemeinsamen Vorgehen miteinander verbinden, um das Ziel der Revolution, die sozialistische Republik, sicher zu stellen. Ein Diskussionsredner griff diesen Satz auf, erklärte sich zur Mitarbeit bereit, verlangte aber von den Arbeitern mehr Entgegenkommen. Am Revolutionstag sei das Bürgertum von den Arbeitern achtlos auf den Bürgersteigen stehen gelassen worden. Kein rotes Auto habe zur Mitfahrt eingeladen.

Der Herr verkannte bei allem guten Willen, den er sonst zeigte, den Sinn der Revolution. Diese ist kein Gastmahl, kein geschlossener Gesellschaftsabend, keine fürstliche Hofjagd, zu der neben dem spezialisierten Programm geldumränderte Einladungskarten verschickt werden. Hunderte sahen ihr Kommen, Tausende zitterten und sehnten den Augenblick herbei, um das Joch, welches sie jahrelang in Qual und Elend schlug, zu zerreißen. Die „Revolutionäre" von heute, die wartend auf den Bürgersteigen, in den Hausnischen standen, die Wendung der Dinge beobachteten, um sich dann auf die Seite der Sieger zu schlagen, haben an dem Ausbruch der Revolution wahrhaftig keinen Anteil. Sie können, wenn sie reinen Herzens, festen Willens und aufrichtiger Gesinnung sind, teilnehmen an dem Ausbau und der Krönung des bisherigen Werkes. Viel Arbeit harrt noch unser. Mut, Tatkraft und Entschlossenheit jedes einzelnen erheischen die Aufgaben der nächsten Wochen und Monate. Der wahre Revolutionär hat sein Ziel. Er weiß, wo er hin gehört. Er läßt sich zur Mitarbeit nicht einladen, nicht drängeln. Er schließt sich an, freiwillig, sein Wille drängt ihn zur Tat, wie er jene dazu drängte, die vor acht Tagen als erste sich an die Spitze der Arbeiterbataillone stellten, die Waffen in der Hand und bereit, für ihr Ziel zu leben und zu sterben.

Eine Versammlung der Betriebs-Angestellten-Ausschüsse Groß-Berlins.

Die Betriebs-Angestellten-Ausschüsse von Groß-Berlin faßten gestern in einer Versammlung im Heidelberger folgende Resolution:

> 60 000 hier durch ihre Angestelltenräte vertretene Angestellte der Berliner Industrie- und Handelswelt erklären: Die Angestelltenräte vertreten mit und neben den Unternehmern die Interessen der Angestellten. In gemeinsamer freier Entschließung schützen sie die Wirtschaftlichkeit ihrer Unternehmen und darin werktätigen Kopfarbeiter. Gemeinsam mit den Brüdern an der Werkbank schützen sie die ihren und die Interessen der Proletarier.

Ein Mitglied des Ausschusses machte die Mitteilung, daß die millionenschwere Aktiengesellschaft sich weigere, den heimkehrenden Kriegsteilnehmern dasselbe Gehalt zu geben, wie den zu Hause gebliebenen. Sie wollen sie mit den Schundgehältern der Friedenszeit abspeisen. Die Mehrausgabe würde das Budget um 50 000 Mark monatlich belasten. Ob die Herren Direktoren sich auch mit den Bezügen der Friedenszeit begnügen würden?

Generalversammlung des Verbandes der Schneider.

In einer stark besuchten Versammlung tagte gestern der Verband der Schneider und nahm zu den Fragen und Aufgaben der neuen Zeit Stellung. Die Generalversammlung erklärte sich mit den in Weimar getroffenen Vereinbarungen einer 50prozentigen Lohnerhöhung einverstanden und ermächtigte die Kostümschneider einen Zuschlag von 25 Prozent zu fordern. Mit übergroßer Majorität wurde sodann der Kollege Schuhmacher aus Stuttgart zum Bevollmächtigten der Filiale Berlin gewählt, nachdem der frühere Bevollmächtigte Kunze bereits am 1. November sein Amt niedergelegt hatte. Die erforderlichen Wahlen wurden rasch erledigt: als Revisor Eder, als Beirat Fischer und Wolff; in die Gaukommission wurden Eder, Fischer, Rohloff, Knob und Gehrke entsandt.

Eine längere Debatte schloß sich an die Ausführungen des Koll. Eder, die Uebergangswirtschaft betreffend. Völlig einig ging die Versammlung mit ihm in den Gedanken der Notwendigkeit, die Lieferungen in immer weiteren Umfange zu verstaatlichen. Aus diesem Grunde sollen die bereits bestehenden Kriegsbekleidungsämter beibehalten werden; weitere staatliche Aufträge aber sind nur an solche Privatunternehmen zu vergeben, die in eignen Betriebswerkstätten arbeiten lassen. Die Arbeitsvermittlung durch Wohlfahrtsvereine wird energisch abgelehnt, und in einem besonderen Antrag eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung sowie die Bekämpfung der lohndrückenden Heimarbeit gefordert. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat beschlossen, mit den Unternehmern dahingehend zu verhandeln, daß die aus dem Felde heimkehrenden Soldaten möglichst wieder in ihre frühere Arbeitsstelle zurückkehren und empfiehlt den Abschluß von Kollektivverträgen.

Der Punkt der Tagesordnung: Arbeiterrat wird seiner Wichtigkeit wegen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und einer in aller Kürze zu veranstaltenden Versammlung überwiesen, auf der in einem informatorischen Vortrag eingehend die tatsächlichen Verhältnisse dargestellt werden sollen.

Die Gastwirtsangestellten für Abschaffung des Trinkgeldes.

In den Germania-Sälen in der Chausseestraße fand gestern abend eine von mehr als 1000 Gastwirtsangestellten besuchte Versammlung statt, die von der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtsverbände einberufen worden war. Von den Gastwirtsangestellten wurde vor allen Dingen die Ablösung des Trinkgeldes durch Gewährung eines festen Gehalts verlangt. Ferner wird die Beseitigung der gewerbsmäßigen und privaten Stellenvermittlung, die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und die Entlassung des weiblichen Bedienungspersonals gefordert. Die letzten beiden Forderungen sind von einem großen Teil der in Betracht kommenden Arbeitgeber bereits zugestanden worden. Zur Durchsetzung dieser Forderungen soll dahin gestrebt werden, alle bisher bestehenden Gastwirtsgehilfen-Organisationen zu einer großen Gesamtorganisation zusammenzuschließen.

Eine Stiftung des Turnvereins Fichte. Die rote Fahne, die am 10. November, mittags 1 Uhr, auf dem früher königlichen Schlosse am Lustgarten unter Lebensgefahr gehißt wurde, ist vom Turnverein Fichte gestiftet worden.

Das Oberkommando über sämtliche in Berlin anwesenden Matrosen führt der Matrose Otto Jost. Er untersteht zunächst dem Stadtkommandanten resp. dem Polizeipräsidenten Eichhorn.

Eine neue Mädchenmittelschule soll nach einem Beschluß des Berliner Magistrats zum 1. April 1919 in der Grünthaler Straße 21 eröffnet werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Nestriepke, Berlin-Wilmersdorf.
Druck der Lindenbruckerei und Verlagsges. m. b. H.,
Schiffbauerdamm 19

Werbt Abonnenten für „Die Freiheit"!

Arbeiter- und Soldatenrat Wilmersdorf.

Oeffentliche Kundgebung

am Sonntag, den 17. November 1918, vormittags 12 Uhr, in der Aula der Oberrealschule am Seepark (Ecke Augustastraße).

Redner: Die Genossen Rudolf Breitscheid, Robert Breuer, Kamerad Rothstein.

Arbeiter, Soldaten, Bürger und Bürgerinnen! Erscheint in Massen!

Die Volksbeauftragten der Stadt Berlin-Wilmersdorf.

Lüdemann. Harder. Fabian. Beyer.
Schulz. Fabowski.